

Verordnung über Produktion und Vermarktung in der Landwirtschaft (PVLV)

vom 05.11.1997 (Stand 01.01.2016)

Der Regierungsrat des Kantons Bern,
gestützt auf Artikel 51 des Kantonalen Landwirtschaftsgesetzes vom 16. Juni 1997 (KLwG¹⁾),
auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion, *
beschliesst:

1 Gegenstand

Art. 1

¹ Diese Verordnung enthält die Ausführungsvorschriften zum KLwG in den Bereichen Innovations-, Qualitäts- und Absatzförderung.

2 Förderung von Wertschöpfungs- und Innovationsprojekten sowie von Absatzförderungsmassnahmen *

Art. 2 *Beitragsvoraussetzungen*

¹ Der Kanton kann Innovations- und Wertschöpfungsprojekte sowie Absatzförderungsmassnahmen mit Beiträgen unterstützen, wenn das Projekt oder die Massnahme *

- a* die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft unter Berücksichtigung der Naturschutz- und Umweltschutzgesetzgebung erhält oder fördert;
- b* * die Erhaltung der Marktanteile oder eine positive Wirkung auf die regionale Wertschöpfung bezweckt;
- c* mittel- und langfristig dem ganzen Kanton, einer gesamten Region oder zumindest einer grösseren Gruppe von Produzentinnen und Produzenten in einer Region zugute kommt;
- d* eine sektorübergreifende Trägerschaft aufweist;
- e* Synergien mit andern gleichartigen Projekten sucht und nutzt;
- f* * auf operativer Ebene den Anforderungen zur Erreichung der Projekt- oder Massnahmenziele genügt;

¹⁾ BSG 910.1

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses
97-110

- g* * während der gesamten Laufzeit einer wirkungsorientierten Erfolgskontrolle oder Projektbewertung unterliegt und
- h* * nicht mit anderen Staatsbeiträgen unterstützt wird.

² Die Trägerschaft hat dem Amt für Landwirtschaft und Natur (LANAT) auf Verlangen einen Bericht über die Zielerreichung und die Realisierung der Massnahmen sowie eine Abrechnung vorzulegen. *

Art. 3 * *Bemessungsgrundlagen*

¹ Beiträge können gewährt werden: *

- a* für Innovations- und Wertschöpfungsprojekte während längstens fünf Jahren, sofern diese nach Ablauf der Projektierungs-, Start- und Konsolidierungsphase selbsttragend sind,
- b* für Absatzförderungsmassnahmen unbefristet.

² Als anrechenbare Kosten gelten Aufwendungen, die für die zweckmässige Realisierung erforderlich sind. Sie umfassen:

- a* * bei Innovations- und Wertschöpfungsprojekten Aufwendungen für Planung, Aufbau (ohne Infrastruktur) und Koordination sowie für Massnahmen im Bereich Marketingkommunikation,
- b* bei Absatzförderungsmassnahmen ausschliesslich Aufwendungen im Bereich Marketingkommunikation.

³ Der Kanton kann Trägerschaften mit personellen Ressourcen und betriebseigenen Infrastrukturen unterstützen.

Art. 4 *Beitragshöhe*

¹ An die anrechenbaren Kosten können Beiträge bis zu 50 Prozent gewährt werden.

² Reicht der genehmigte Kredit nicht zur Unterstützung aller förderungswürdigen Projekte und Massnahmen aus, so werden zunächst jene Beiträge ausgerichtet, welche bereits im Vorjahr geförderte Projekte und Massnahmen betreffen. *

³ Muss unter neu eingereichten Gesuchen ausgewählt werden, so sind die für die betroffene Region wirtschaftlich bedeutungsvollsten Projekte oder Massnahmen zu bevorzugen. *

Art. 5 * *Verfahren*

¹ Das Beitragsgesuch ist von der Trägerschaft beim LANAT einzureichen und hat mindestens folgende Unterlagen zu umfassen: *

- a eine Stellungnahme zur Erfüllung der Beitragsvoraussetzungen gemäss Artikel 2 Absatz 1,
- b eine Beschreibung der Ausgangssituation,
- c die Ziele und Massnahmen,
- d das Budget und den Finanzierungsplan,
- e den Antrag und die Unterschrift.

² Das LANAT stimmt die Projektförderung soweit erforderlich auf andere kantonale Massnahmen ab und nimmt insbesondere bei sektorübergreifenden Verbundprojekten und regionalen Grossverbundprojekten Rücksprache mit dem Amt für Berner Wirtschaft oder dem Amt für Gemeinden und Raumordnung. *

³ ... *

3 Kontrolle der Primärproduktion von Lebensmitteln tierischer Herkunft und der Schlachtung sowie milchwirtschaftliche Beratung ***Art. 6 *** *Kontrolle der Primärproduktion von Lebensmitteln tierischer Herkunft und der Schlachtung **

¹ Die Kontrolle der Primärproduktion von Lebensmitteln tierischer Herkunft und der Schlachtung obliegt dem Kantonalen Veterinärdienst. *

² Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantonalen Veterinärdienstes üben ihre Funktionen als Organe der gerichtlichen Polizei aus. *

³ Der Kantonale Veterinärdienst zeigt Widerhandlungen gegen Vorschriften des Lebensmittelrechts der Strafverfolgungsbehörde an. In leichten Fällen kann er auf eine Strafanzeige verzichten. *

⁴ Er teilt Milchlieferungen den Milchkäuferinnen und Milchkäufern mit. *

Art. 6a * *Milchwirtschaftliche Beratung **

¹ Der Kanton kann die milchwirtschaftliche Beratung im Rahmen der Interkantonalen Umsetzungsvereinbarung vom 25. September 2006 über die Beratung der Milchwirtschaft fördern. *

² ... *

³ Die Beratung der einzelnen Marktteilnehmerinnen und -teilnehmer erfolgt im Auftragsverhältnis.

Art. 7–14 * ...

4 Tierproduktion

Art. 15 *Nutztierbezogene Bundesbeiträge **

¹ Das LANAT erlässt die erforderlichen Verfügungen über die Ausrichtung von nutztierbezogenen Bundesbeiträgen; ausgenommen bleibt der Bereich der Tierzucht. *

² Die Artikel 19 bis 22 sind sinngemäss anwendbar; der Beitragsplafond nach Artikel 22 schliesst den nutztierbezogenen Kontrollaufwand mit ein.

³ Die Kontrollen sind soweit als möglich zu koordinieren.

Art. 15a–15b * ...

Art. 16 * *Vermarktungsbeiträge **

¹ Den Produzentinnen und Produzenten von beitragsberechtigten Schlachttieren der Rinder-, Schaf- und Ziegengattung oder Mastremonten können Beiträge in Form von Grund- und Transportbeiträgen ausgerichtet werden. *

² Beiträge werden nur gewährt für Tiere, die

- a* an anerkannten öffentlichen Marktorten im Sinne von Artikel 6 der eidgenössischen Verordnung vom 26. November 2003 über den Schlachtvieh- und Fleischmarkt (Schlachtviehverordnung, SV¹⁾) durch eine nach Artikel 26 Absatz 1 Buchstabe b SV eingesetzte Organisation aufgeführt, versteigert und mit offiziellem Protokoll abgerechnet worden sind, oder
- b ** aus der Berg- oder Hügelzone stammen und in einem vom LANAT bewilligten Schlachthaus geschlachtet und direkt vermarktet worden sind.

³ Die Tiere müssen ausserdem

- a* aus Betrieben stammen, welche den ökologischen Leistungsnachweis gemäss der Verordnung vom 7. Dezember 1998 über die Direktzahlungen an die Landwirtschaft (Direktzahlungsverordnung, DZV²⁾) erbringen,
- b ** vor der Veräusserung, soweit die Rindergattung betroffen ist, mindestens drei Monate oder, soweit die Schaf- und Ziegenhaltung betroffen ist, zwei Monate auf dem eigenen Betrieb gehalten worden sein.

¹⁾ SR 916.341

²⁾ SR 910.13

⁴ Für Schafe und Ziegen werden die Beiträge nach Absatz 1 zudem nur gewährt, wenn je Betrieb jährlich mindestens vier Tiere vermarktet werden. *

⁵ Der Grundbeitrag beträgt höchstens 120 Franken je Tier. Der Transportbeitrag beträgt höchstens 50 Franken je Tier.

⁶ Das LANAT erlässt nach Anhörung von kantonalen repräsentativen Produzenten- oder Branchenorganisationen verwaltungsinterne Weisungen über *

- a die Bemessung des Grundbeitrages nach Tierkategorie, Zone des Produktionskatasters, Produktionsform, Alter und Qualität der Tiere,
- b die Bemessung des Transportbeitrages nach der Distanz zwischen dem Herkunftsbetrieb des Tieres und dem anerkannten Marktort,
- c die Bemessung der Betriebskostenbeiträge nach Artikel 17 Absätze 2 und 4,
- d die offiziellen Annahme- bzw. Abrechnungsprotokolle.

Art. 17 * Betriebskostenbeiträge *

¹ Den Trägerinnen und Trägern von anerkannten Marktorten gemäss Artikel 6 Absatz 2 SV können Beiträge ausgerichtet werden. *

² Die Beiträge richten sich nach der Zahl der mit Protokoll abgerechneten Tiere. Die Beiträge betragen

- a für Grossviehmarktorte höchstens zehn Franken je Stück,
- b für Kälbermarktorte höchstens fünf Franken je Bankkalb,
- c für Schafmarktorte höchstens drei Franken je Schaf.

³ An im Kanton Bern durchgeführte Zucht- und Nutztiermärkte bzw. Zucht- und Nutztierausstellungen von regionaler oder überregionaler Bedeutung können auf Gesuch der Trägerschaft hin Beiträge bis zu höchstens einem Drittel der anrechenbaren Aufwendungen gewährt werden, wenn sie zur Förderung des Viehabsatzes beitragen.

⁴ Anerkannten lokalen Organisationen kann ein Beitrag an die Betriebskosten zur Durchführung von Tierschauen ausgerichtet werden; der Beitrag beläuft sich auf höchstens fünf Franken je ausgestellt Tier. *

⁵ Das LANAT kann mit repräsentativen Produzenten- oder Branchenorganisationen wie der LOBAG oder der PROVIANDE bei Bedarf Leistungsverträge zur Durchführung der Marktorganisation an anerkannten öffentlichen Marktorten gemäss Artikel 6 Absatz 2 SV sowie zur Übernahme von Dienstleistungen im öffentlichen Interesse abschliessen. Leistungsaufwand, welcher bereits anderweitig abgegolten wird, wird nicht vergütet.

Art. 17a * Ausbildungsbeiträge

¹ An die Ausbildung junger Schweizer Pferde kann ein Beitrag von höchstens 300 Franken je Tier gewährt werden.

² Die Beiträge werden gestützt auf die Anzahl Ausbildungstage oder eine abgelegte Ausbildungsprüfung ausgerichtet.

³ Das LANAT erlässt nach Anhörung des Bernischen Pferdezuchtverbandes verwaltungsinterne Weisungen über

- a die Bemessung des Ausbildungsbeitrags,
- b die Anforderungen an die Ausbildung und die Prüfungen,
- c das Gesuchs- und Abrechnungswesen.

Art. 18 * Vollzug *

¹ Der Vollzug obliegt dem LANAT, sofern er nicht durch Leistungsvertrag Dritten übertragen wird.

² Beitragsgesuche nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe a sind am Markttag beim Abrechnungsbüro des Markttorts einzureichen. *

³ Beitragsgesuche nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe b sind für Tiere der Rindergattung spätestens 90 Tage und für Tiere der Schaf- und Ziegengattung spätestens ein Jahr nach dem Schlachttag beim LANAT einzureichen; dieses kann für bestimmte Tierkategorien die Jahresfrist abkürzen. *

⁴ Beitragsgesuche nach Artikel 17 Absätze 3 und 4 sind zu Beginn des Beitragsjahres bzw. spätestens 30 Tage vor dem Anlass beim LANAT einzureichen. Gesuche nach Artikel 17 Absatz 3 müssen ein Budget der Aufwendungen enthalten. *

5 Allgemeine Direktzahlungen und Ökobeiträge ***Art. 19 Bundesbeiträge**
*1. Kontrolle **

¹ Die Gemeinden kontrollieren die Erhebungsdaten, die für die Ausrichtung von landwirtschaftlichen Beiträgen erforderlich sind, und führen auch Feldkontrollen durch; die Erhebungsstellenleiterin oder der Erhebungsstellenleiter bestätigt nur die Prüfung, aber nicht die Richtigkeit der Daten. *

² Das LANAT macht stichprobeweise Nachkontrollen. *

³ Falls die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller zugleich Beiträge nach der Naturschutzgesetzgebung geltend macht, oder wenn dies aus andern Gründen gerechtfertigt erscheint, ist die Kontrolle mit anderen Organen zu koordinieren.

⁴ Die Einhaltung der Regeln hinsichtlich des ökologischen Leistungsnachweises, der besonders tierfreundlichen Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere, des biologischen Landbaus sowie der Bewirtschaftung auf den Sömmerungsbetrieben nach den Vorschriften der eidgenössischen Verordnung vom 29. März 2000 über Sömmerungsbeiträge (Sömmerungsbeitragsverordnung, SöBV¹⁾) überprüfen die Kontrollkommission für umweltschonende und tierfreundliche Landwirtschaft im Kanton Bern (KUL) sowie allfällige weitere, vergleichbare Organisationen, die vom LANAT anerkannt sind. Dieses macht stichprobenweise Nachkontrollen. *

⁵ Für die Kontrolle der Einhaltung der eidgenössischen Tierschutzvorschriften in den ergänzende Direktzahlungen des Bundes beziehenden Betrieben, welche weder integriert noch biologisch produzieren und für die Anerkennung als entsprechend produzierender Betrieb auch nicht angemeldet sind, zieht das LANAT die KUL bei. *

Art. 20 * 2. Auszahlung *

¹ Das LANAT richtet die Beiträge aus, wenn die Voraussetzungen des Bundesrechts erfüllt sind. *

² Die Gesuche um Ausrichtung von Direktzahlungen sind spätestens am Erhebungsdatum gemäss der eidgenössischen Verordnung vom 7. Dezember 1998 über die Erhebung und Bearbeitung von landwirtschaftlichen Daten (Landwirtschaftliche Datenverordnung²⁾) über die vom LANAT bezeichnete Internetseite auf einem gesicherten elektronischen Erfassungssystem zu hinterlegen. *

³ Sie sind entweder mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach Artikel 2 Buchstabe c des Bundesgesetzes vom 19. Dezember 2003 über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur (Bundesgesetz über die elektronische Signatur, ZertES³⁾) zu versehen oder mit einem unterzeichneten, der Erhebungsstelle der Gemeinde bis zum Datum nach Absatz 2 einzureichenden Übersichtsblatt zu bestätigen. *

⁴ Das LANAT stellt den Bewirtschafterinnen und Bewirtschaftern die Zugangsdaten und allfällige Nachfristansetzungen zur Datenbearbeitung an die von ihnen angegebene Mailadresse oder per Post zu. Die Beitragsverfügungen werden per Post zugestellt und sind über die Zugangsdaten auch im Internet einsehbar. *

¹⁾ SR 910.133

²⁾ SR 919.117.71

³⁾ SR 943.03

Art. 21 *Finanzhilfen und Abgeltungen*
1. Grundsatz

¹ Der Kanton kann im Bedarfsfall Kontrollorganisationen fördern, indem er Finanzhilfen an deren Aufwendungen für Kontrollen gewährt.

² Entsprechende Gesuche sind beim LANAT einzureichen. *

³ Der Kontrollaufwand der KUL nach Artikel 19 Absatz 5 ist abzugelten.

Art. 22 *2. Einschränkungen*

¹ Für Finanzhilfen nach Artikel 21 dürfen jährlich gesamthaft höchstens 500 000 Franken gewährt werden.

Art. 23 * *Fachkommission für Obst und Beeren **

¹ Das LANAT wählt eine Fachkommission für Obst und Beeren von höchstens sieben Mitgliedern als beratendes Organ.

Art. 23a * ...

6 Datenzugriff und Rechtspflege

Art. 24 * *Datenzugriff **

¹ Die zuständige Stelle des LANAT ist berechtigt, zur Erhebung und Kontrolle der Daten für die Ausrichtung der landwirtschaftlichen Beiträge mit einem Abrufverfahren auf folgende Datenbanken der Kantonalen Steuerverwaltung zu greifen: *

- a die Flächendaten der amtlichen Bewertung und
- b das steuerbare Einkommen und das steuerbare Vermögen der einzelnen Beitragsempfängerinnen und Beitragsempfänger.

² Das LANAT stellt sicher, dass die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter mit ihren Zugangsdaten Zugriff auf die von ihnen hinterlegten Betriebsdaten und die Daten der ihnen eröffneten Verfügungen haben. *

³ Es kann für die eigenen Abteilungen sowie für folgende Stellen ein Abrufverfahren einrichten, soweit für den Vollzug dieser Verordnung übertragene oder tierseuchenpolizeiliche, boden- und umweltrechtliche Aufgaben sowie die landwirtschaftliche Beratung den Zugriff auf die Daten der Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter erfordern: *

- a das Amt für Gemeinden und Raumordnung,
- b das Amt für Wasser und Abfall,
- c die Bienenkommissarinnen und -kommissare,

- d* die Erhebungsstellen der Gemeinden,
- e* die Fondation Rurale Interjurassienne,
- f* die Trägerschaften von Projekten, die nach der eidgenössischen Verordnung vom 4. April 2001 über die regionale Förderung der Qualität und der Vernetzung von ökologischen Ausgleichsflächen in der Landwirtschaft (Öko-Qualitätsverordnung, ÖQV¹⁾) gefördert werden,
- g* die Kontrollorganisationen,
- h* die Regierungsstatthalterämter,
- i* die Rechtsabteilung der Volkswirtschaftsdirektion.

⁴ Es führt eine Liste mit den individuell festgelegten Zugriffsberechtigungen sämtlicher interner und externer Personen. *

⁵ Die Steuerverwaltung und die zuständige Stelle des LANAT beschränken den Zugriff im Abrufverfahren so, dass den abrufenden Stellen sachlich höchstens diejenigen Daten zur Verfügung stehen, die sie zu ihrer Aufgabenerfüllung benötigen.

Art. 25 *Rechtspflege* *

¹ Gegen Beitragsverfügungen des LANAT nach den Artikeln 15 und 20 kann innert 30 Tagen bei dieser Einsprache erhoben werden. *

² Verfügungen des Kantonalen Laboratoriums können innert 30 Tagen mit Beschwerde bei der Gesundheits- und Fürsorgedirektion angefochten werden. *

³ Verfügungen und Einspracheverfügungen des LANAT können innert 30 Tagen mit Beschwerde bei der Volkswirtschaftsdirektion angefochten werden. *

⁴ Das Verfahren richtet sich nach den Vorschriften des Gesetzes vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG²). *

7 Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 26 ...

Art. 27 *Viehversicherungskassen*

¹ Bisher obligatorisch Versicherte können bis zum 30. Juni 1998 dem Kassenvorstand schriftlich ihren Austritt auf Ende 1998 erklären; die Wirkungen dieses Austritts entsprechen denjenigen des freiwilligen Austritts nach bisherigem Recht. Bei späteren Austritten gilt diese Regelung sinngemäss, falls die Statuten nichts anderes vorsehen.

¹) SR 910.14

²) BSG 155.21

² Das LANAT überprüft auf Antrag des Kassenvorstandes oder eines Kassensmitgliedes die Rechnungsführung der öffentlichrechtlichen Kassen. *

Art. 28 *Aufhebung von Erlassen*

¹ Folgende Erlasse werden aufgehoben:

1. Verordnung vom 17. November 1993 über die Ausrichtung von Direktzahlungen für die Landwirtschaft,
2. Reglement vom 23. April 1954 für die Kantonale Zentralstelle für Obstbau,
3. Verordnung vom 9. November 1965 zum Bundesgesetz vom 2. Oktober 1964 betreffend die Änderung des Milchbeschlusses,
4. Verordnung vom 18. Dezember 1974 über den milchwirtschaftlichen Kontroll- und Beratungsdienst und den Eutergesundheitsdienst,
5. Viehversicherungsverordnung vom 21. Dezember 1988,
6. Verordnung vom 17. Januar 1990 über die Ausrichtung von Beiträgen an Nutztierhalter.

Art. 29 *Inkrafttreten*

¹ Diese Verordnung tritt auf den 1. Januar 1998 in Kraft.

T1 Übergangsbestimmungen der Änderungen vom 25.10.2006 *

Art. T1-1 *

¹ Bis Ende 2009 kann der Kantonsanteil nach Artikel 6a Absatz 2 bis zu 40 Prozent der Beratungskosten nach Abzug des Bundesbeitrags betragen.

² Die Kundendaten des per 1. Januar 2007 aufgehobenen Milchwirtschaftlichen Inspektions- und Beratungsdienstes (MIBD) über die Qualitätskontrolle der Verkehrsmilch werden zum Zweck der bundesrechtlich vorgeschriebenen Kontrollen an die vom Bund beauftragten Nachfolgeorganisationen übertragen.

³ Die Kundendaten des MIBD über die milchwirtschaftliche Beratung werden zum Zweck der Beratung für Milchproduktion und -verarbeitung an die von der Milchwirtschaft beauftragten Nachfolgeorganisationen übertragen. Den Betroffenen ist vor der Übertragung Gelegenheit zu geben, die Vernichtung ihrer Daten zu verlangen.

Bern, 5. November 1997

Im Namen des Regierungsrates
Die Präsidentin: Zölch
Der Staatsschreiber: Nuspliger

Änderungstabelle - nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
05.11.1997	01.01.1998	Erlass	Erstfassung	97-110
27.01.1999	01.01.1999	Art. 6	Titel geändert	99-17
27.01.1999	01.05.1999	Art. 6 Abs. 1	geändert	99-17
27.01.1999	01.05.1999	Art. 6 Abs. 2	geändert	99-17
27.01.1999	01.05.1999	Art. 7	geändert	99-17
27.01.1999	01.05.1999	Art. 8	geändert	99-17
27.01.1999	01.05.1999	Art. 10	geändert	99-17
27.01.1999	01.01.1999	Art. 15	Titel geändert	99-17
27.01.1999	01.01.1999	Art. 15 Abs. 1	geändert	99-17
27.01.1999	01.01.1999	Art. 15a	eingefügt	99-17
27.01.1999	01.01.1999	Art. 19	Titel geändert	99-17
27.01.1999	01.01.1999	Art. 19 Abs. 2	geändert	99-17
27.01.1999	01.01.1999	Art. 19 Abs. 4	geändert	99-17
27.01.1999	01.01.1999	Art. 20	geändert	99-17
27.01.1999	01.01.1999	Art. 20	Titel geändert	99-17
27.01.1999	01.01.1999	Art. 24	geändert	99-17
27.01.1999	01.01.1999	Art. 24	Titel geändert	99-17
27.01.1999	01.01.1999	Art. 25	Titel geändert	99-17
27.01.1999	01.01.1999	Art. 25 Abs. 1	geändert	99-17
27.01.1999	01.05.1999	Art. 25 Abs. 2	geändert	99-17
27.01.1999	01.01.1999	Art. 25 Abs. 3	geändert	99-17
27.01.1999	01.05.1999	Art. 25 Abs. 4	geändert	99-17
27.01.1999	01.01.1999	Art. 26 Abs. 1	aufgehoben	99-17
28.06.2000	01.08.2000	Art. 15b	eingefügt	00-54
06.09.2000	01.01.2002	Art. 6	Titel geändert	00-70
06.09.2000	01.01.2002	Art. 6 Abs. 3	geändert	00-70
06.09.2000	01.01.2002	Art. 6a	eingefügt	00-70
06.09.2000	01.01.2002	Art. 7	geändert	00-70
06.09.2000	01.01.2002	Art. 8	geändert	00-70
06.09.2000	01.01.2002	Art. 9	geändert	00-70
06.09.2000	01.01.2002	Art. 9a	eingefügt	00-70
06.09.2000	01.01.2002	Art. 13	geändert	00-70
06.09.2000	01.01.2002	Art. 14	aufgehoben	00-70
06.09.2000	01.01.2002	Art. 17 Abs. 1	geändert	00-70
20.10.2000	01.01.2001	Art. 10	geändert	00-114
20.10.2000	01.01.2001	Art. 11	geändert	00-114
12.09.2001	01.05.2001	Titel 5	eingefügt	01-69
12.09.2001	01.05.2001	Art. 23a	eingefügt	01-69
26.02.2003	01.05.2003	Art. 5 Abs. 2	geändert	03-31
22.10.2003	01.01.2004	Art. 2 Abs. 2	geändert	03-97
22.10.2003	01.01.2004	Art. 6a Abs. 1	geändert	03-97
22.10.2003	01.01.2004	Art. 8	geändert	03-97

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
22.10.2003	01.01.2004	Art. 21 Abs. 2	geändert	03-97
22.10.2003	01.01.2004	Art. 23	geändert	03-97
22.11.2003	01.01.2004	Art. 5 Abs. 1	geändert	03-97
22.11.2003	01.01.2004	Art. 5 Abs. 2	geändert	03-97
22.11.2003	01.01.2004	Art. 24 Abs. 2	geändert	03-97
22.11.2003	01.01.2004	Art. 25 Abs. 3	geändert	03-97
19.05.2004	01.08.2004	Art. 2 Abs. 1, b	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 2 Abs. 1, f	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 2 Abs. 1, g	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 2 Abs. 1, h	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 2 Abs. 2	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 3 Abs. 1	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 3 Abs. 2, a	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 5 Abs. 1	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 5 Abs. 2	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 6a Abs. 1	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 13	aufgehoben	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 15 Abs. 1	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 15a	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 15b	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 16	Titel geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 16	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 17	Titel geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 17	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 18	Titel geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 18	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 19 Abs. 2	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 19 Abs. 4	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 19 Abs. 5	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 20 Abs. 1	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 20 Abs. 2	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 23	Titel geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 23	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 23a	aufgehoben	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 24 Abs. 1	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 24 Abs. 3	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 25 Abs. 1	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 25 Abs. 3	geändert	04-41
19.05.2004	01.08.2004	Art. 27 Abs. 2	geändert	04-41
25.10.2006	01.01.2007	Ingress	geändert	06-117
25.10.2006	01.01.2007	Titel 3	geändert	06-117
25.10.2006	01.01.2007	Art. 6	Titel geändert	06-117
25.10.2006	01.01.2007	Art. 6	geändert	06-117
25.10.2006	01.01.2007	Art. 6a	geändert	06-117
25.10.2006	01.01.2007	Art. 6a	Titel geändert	06-117

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
25.10.2006	01.01.2007	Art. 7	aufgehoben	06-117
25.10.2006	01.01.2007	Art. 8	aufgehoben	06-117
25.10.2006	01.01.2007	Art. 9	aufgehoben	06-117
25.10.2006	01.01.2007	Art. 9a	aufgehoben	06-117
25.10.2006	01.01.2007	Art. 10	aufgehoben	06-117
25.10.2006	01.01.2007	Art. 11	aufgehoben	06-117
25.10.2006	01.01.2007	Art. 12	aufgehoben	06-117
25.10.2006	01.01.2007	Art. 25 Abs. 2	geändert	06-117
25.10.2006	01.01.2007	Art. 25 Abs. 3	geändert	06-117
25.10.2006	01.01.2007	Art. 25 Abs. 4	geändert	06-117
25.10.2006	01.01.2007	Titel T1	eingefügt	06-117
25.10.2006	01.01.2007	Art. T1-1	eingefügt	06-117
22.08.2007	01.01.2008	Art. 15a	aufgehoben	07-83
22.08.2007	01.01.2008	Art. 15b	aufgehoben	07-83
22.08.2007	01.01.2008	Art. 16	Titel geändert	07-83
22.08.2007	01.01.2008	Art. 16 Abs. 1	geändert	07-83
22.08.2007	01.01.2008	Art. 16 Abs. 2, b	geändert	07-83
22.08.2007	01.01.2008	Art. 16 Abs. 4	eingefügt	07-83
22.08.2007	01.01.2008	Art. 16 Abs. 6	geändert	07-83
22.08.2007	01.01.2008	Art. 17	Titel geändert	07-83
22.08.2007	01.01.2008	Art. 17 Abs. 4	eingefügt	07-83
22.08.2007	01.01.2008	Art. 17a	eingefügt	07-83
22.08.2007	01.01.2008	Art. 18 Abs. 2	geändert	07-83
22.08.2007	01.01.2008	Art. 18 Abs. 3	geändert	07-83
22.08.2007	01.01.2008	Art. 18 Abs. 4	geändert	07-83
29.10.2008	01.01.2009	Art. 25 Abs. 2	geändert	08-122
29.10.2008	01.01.2009	Art. 25 Abs. 3	geändert	08-122
29.06.2011	01.08.2011	Titel 2	geändert	11-63
29.06.2011	01.08.2011	Art. 2 Abs. 1	geändert	11-63
29.06.2011	01.08.2011	Art. 2 Abs. 1, f	geändert	11-63
29.06.2011	01.08.2011	Art. 2 Abs. 2	geändert	11-63
29.06.2011	01.08.2011	Art. 3	geändert	11-63
29.06.2011	01.08.2011	Art. 4 Abs. 2	geändert	11-63
29.06.2011	01.08.2011	Art. 4 Abs. 3	geändert	11-63
29.06.2011	01.08.2011	Art. 5	geändert	11-63
29.06.2011	01.08.2011	Art. 5 Abs. 3	aufgehoben	11-63
29.06.2011	01.08.2011	Art. 16 Abs. 3, b	geändert	11-63
29.06.2011	01.08.2011	Art. 18 Abs. 3	geändert	11-63
29.06.2011	01.08.2011	Art. 18 Abs. 4	geändert	11-63
29.06.2011	01.08.2011	Art. 19 Abs. 1	geändert	11-63
29.06.2011	01.08.2011	Art. 20 Abs. 2	geändert	11-63
29.06.2011	01.08.2011	Art. 20 Abs. 3	eingefügt	11-63
29.06.2011	01.08.2011	Art. 20 Abs. 4	eingefügt	11-63
29.06.2011	01.08.2011	Art. 24 Abs. 2	geändert	11-63
29.06.2011	01.08.2011	Art. 24 Abs. 3	eingefügt	11-63

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
29.06.2011	01.08.2011	Art. 24 Abs. 4	eingefügt	11-63
04.11.2015	01.01.2016	Titel 3	geändert	15-91
04.11.2015	01.01.2016	Art. 6	Titel geändert	15-91
04.11.2015	01.01.2016	Art. 6 Abs. 1	geändert	15-91
04.11.2015	01.01.2016	Art. 6 Abs. 2	geändert	15-91
04.11.2015	01.01.2016	Art. 6 Abs. 3	geändert	15-91
04.11.2015	01.01.2016	Art. 6 Abs. 4	eingefügt	15-91
04.11.2015	01.01.2016	Art. 6a	Titel geändert	15-91
04.11.2015	01.01.2016	Art. 6a Abs. 1	geändert	15-91
04.11.2015	01.01.2016	Art. 6a Abs. 2	aufgehoben	15-91

Änderungstabelle - nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Erllass	05.11.1997	01.01.1998	Erstfassung	97-110
Ingress	25.10.2006	01.01.2007	geändert	06-117
Titel 2	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-63
Art. 2 Abs. 1	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-63
Art. 2 Abs. 1, b	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 2 Abs. 1, f	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 2 Abs. 1, f	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-63
Art. 2 Abs. 1, g	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 2 Abs. 1, h	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 2 Abs. 2	22.10.2003	01.01.2004	geändert	03-97
Art. 2 Abs. 2	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 2 Abs. 2	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-63
Art. 3	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-63
Art. 3 Abs. 1	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 3 Abs. 2, a	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 4 Abs. 2	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-63
Art. 4 Abs. 3	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-63
Art. 5	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-63
Art. 5 Abs. 1	22.11.2003	01.01.2004	geändert	03-97
Art. 5 Abs. 1	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 5 Abs. 2	26.02.2003	01.05.2003	geändert	03-31
Art. 5 Abs. 2	22.11.2003	01.01.2004	geändert	03-97
Art. 5 Abs. 2	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 5 Abs. 3	29.06.2011	01.08.2011	aufgehoben	11-63
Titel 3	25.10.2006	01.01.2007	geändert	06-117
Titel 3	04.11.2015	01.01.2016	geändert	15-91
Art. 6	27.01.1999	01.01.1999	Titel geändert	99-17
Art. 6	06.09.2000	01.01.2002	Titel geändert	00-70
Art. 6	25.10.2006	01.01.2007	geändert	06-117
Art. 6	25.10.2006	01.01.2007	Titel geändert	06-117
Art. 6	04.11.2015	01.01.2016	Titel geändert	15-91
Art. 6 Abs. 1	27.01.1999	01.05.1999	geändert	99-17
Art. 6 Abs. 1	04.11.2015	01.01.2016	geändert	15-91
Art. 6 Abs. 2	27.01.1999	01.05.1999	geändert	99-17
Art. 6 Abs. 2	04.11.2015	01.01.2016	geändert	15-91
Art. 6 Abs. 3	06.09.2000	01.01.2002	geändert	00-70
Art. 6 Abs. 3	04.11.2015	01.01.2016	geändert	15-91
Art. 6 Abs. 4	04.11.2015	01.01.2016	eingefügt	15-91
Art. 6a	06.09.2000	01.01.2002	eingefügt	00-70
Art. 6a	25.10.2006	01.01.2007	geändert	06-117
Art. 6a	25.10.2006	01.01.2007	Titel geändert	06-117
Art. 6a	04.11.2015	01.01.2016	Titel geändert	15-91

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 6a Abs. 1	22.10.2003	01.01.2004	geändert	03-97
Art. 6a Abs. 1	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 6a Abs. 1	04.11.2015	01.01.2016	geändert	15-91
Art. 6a Abs. 2	04.11.2015	01.01.2016	aufgehoben	15-91
Art. 7	27.01.1999	01.05.1999	geändert	99-17
Art. 7	06.09.2000	01.01.2002	geändert	00-70
Art. 7	25.10.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-117
Art. 8	27.01.1999	01.05.1999	geändert	99-17
Art. 8	06.09.2000	01.01.2002	geändert	00-70
Art. 8	22.10.2003	01.01.2004	geändert	03-97
Art. 8	25.10.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-117
Art. 9	06.09.2000	01.01.2002	geändert	00-70
Art. 9	25.10.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-117
Art. 9a	06.09.2000	01.01.2002	eingefügt	00-70
Art. 9a	25.10.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-117
Art. 10	27.01.1999	01.05.1999	geändert	99-17
Art. 10	20.10.2000	01.01.2001	geändert	00-114
Art. 10	25.10.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-117
Art. 11	20.10.2000	01.01.2001	geändert	00-114
Art. 11	25.10.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-117
Art. 12	25.10.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-117
Art. 13	06.09.2000	01.01.2002	geändert	00-70
Art. 13	19.05.2004	01.08.2004	aufgehoben	04-41
Art. 14	06.09.2000	01.01.2002	aufgehoben	00-70
Art. 15	27.01.1999	01.01.1999	Titel geändert	99-17
Art. 15 Abs. 1	27.01.1999	01.01.1999	geändert	99-17
Art. 15 Abs. 1	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 15a	27.01.1999	01.01.1999	eingefügt	99-17
Art. 15a	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 15a	22.08.2007	01.01.2008	aufgehoben	07-83
Art. 15b	28.06.2000	01.08.2000	eingefügt	00-54
Art. 15b	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 15b	22.08.2007	01.01.2008	aufgehoben	07-83
Art. 16	19.05.2004	01.08.2004	Titel geändert	04-41
Art. 16	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 16	22.08.2007	01.01.2008	Titel geändert	07-83
Art. 16 Abs. 1	22.08.2007	01.01.2008	geändert	07-83
Art. 16 Abs. 2, b	22.08.2007	01.01.2008	geändert	07-83
Art. 16 Abs. 3, b	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-63
Art. 16 Abs. 4	22.08.2007	01.01.2008	eingefügt	07-83
Art. 16 Abs. 6	22.08.2007	01.01.2008	geändert	07-83
Art. 17	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 17	19.05.2004	01.08.2004	Titel geändert	04-41
Art. 17	22.08.2007	01.01.2008	Titel geändert	07-83
Art. 17 Abs. 1	06.09.2000	01.01.2002	geändert	00-70

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 17 Abs. 4	22.08.2007	01.01.2008	eingefügt	07-83
Art. 17a	22.08.2007	01.01.2008	eingefügt	07-83
Art. 18	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 18	19.05.2004	01.08.2004	Titel geändert	04-41
Art. 18 Abs. 2	22.08.2007	01.01.2008	geändert	07-83
Art. 18 Abs. 3	22.08.2007	01.01.2008	geändert	07-83
Art. 18 Abs. 3	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-63
Art. 18 Abs. 4	22.08.2007	01.01.2008	geändert	07-83
Art. 18 Abs. 4	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-63
Titel 5	12.09.2001	01.05.2001	eingefügt	01-69
Art. 19	27.01.1999	01.01.1999	Titel geändert	99-17
Art. 19 Abs. 1	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-63
Art. 19 Abs. 2	27.01.1999	01.01.1999	geändert	99-17
Art. 19 Abs. 2	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 19 Abs. 4	27.01.1999	01.01.1999	geändert	99-17
Art. 19 Abs. 4	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 19 Abs. 5	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 20	27.01.1999	01.01.1999	geändert	99-17
Art. 20	27.01.1999	01.01.1999	Titel geändert	99-17
Art. 20 Abs. 1	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 20 Abs. 2	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 20 Abs. 2	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-63
Art. 20 Abs. 3	29.06.2011	01.08.2011	eingefügt	11-63
Art. 20 Abs. 4	29.06.2011	01.08.2011	eingefügt	11-63
Art. 21 Abs. 2	22.10.2003	01.01.2004	geändert	03-97
Art. 23	22.10.2003	01.01.2004	geändert	03-97
Art. 23	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 23	19.05.2004	01.08.2004	Titel geändert	04-41
Art. 23a	12.09.2001	01.05.2001	eingefügt	01-69
Art. 23a	19.05.2004	01.08.2004	aufgehoben	04-41
Art. 24	27.01.1999	01.01.1999	geändert	99-17
Art. 24	27.01.1999	01.01.1999	Titel geändert	99-17
Art. 24 Abs. 1	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 24 Abs. 2	22.11.2003	01.01.2004	geändert	03-97
Art. 24 Abs. 2	29.06.2011	01.08.2011	geändert	11-63
Art. 24 Abs. 3	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 24 Abs. 3	29.06.2011	01.08.2011	eingefügt	11-63
Art. 24 Abs. 4	29.06.2011	01.08.2011	eingefügt	11-63
Art. 25	27.01.1999	01.01.1999	Titel geändert	99-17
Art. 25 Abs. 1	27.01.1999	01.01.1999	geändert	99-17
Art. 25 Abs. 1	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 25 Abs. 2	27.01.1999	01.05.1999	geändert	99-17
Art. 25 Abs. 2	25.10.2006	01.01.2007	geändert	06-117
Art. 25 Abs. 2	29.10.2008	01.01.2009	geändert	08-122
Art. 25 Abs. 3	27.01.1999	01.01.1999	geändert	99-17

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 25 Abs. 3	22.11.2003	01.01.2004	geändert	03-97
Art. 25 Abs. 3	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Art. 25 Abs. 3	25.10.2006	01.01.2007	geändert	06-117
Art. 25 Abs. 3	29.10.2008	01.01.2009	geändert	08-122
Art. 25 Abs. 4	27.01.1999	01.05.1999	geändert	99-17
Art. 25 Abs. 4	25.10.2006	01.01.2007	geändert	06-117
Art. 26 Abs. 1	27.01.1999	01.01.1999	aufgehoben	99-17
Art. 27 Abs. 2	19.05.2004	01.08.2004	geändert	04-41
Titel T1	25.10.2006	01.01.2007	eingefügt	06-117
Art. T1-1	25.10.2006	01.01.2007	eingefügt	06-117